

Berlin, 11. September 2026

Gemeinsame Pressemitteilung

Diakonie Deutschland: „Deutschland ist nicht einfach gespalten“

Neue midi-Studie analysiert gesellschaftliche Konfliktlinien jenseits einfacher Lager

Die deutsche Gesellschaft zerfällt nicht schlicht in zwei Hälften – weder entlang der Trennlinie „links oder rechts“ noch der Trennlinie „für oder gegen die Demokratie“. Das zeigt die neue Analyse „Was uns trennt. Was uns ins Gespräch bringt.“ der evangelischen Arbeitsstelle midi. Die repräsentative Untersuchung identifiziert vier annähernd gleich große Grundhaltungen. Vor dem Hintergrund des Wahlergebnisses in Sachsen-Anhalt, wo die AfD am 6. September 2026 stärkste Fraktion wurde, liefert die Studie wichtige Erklärungsansätze für die Dynamik gesellschaftlicher Polarisierung.

Die vier Gruppen unterscheiden sich vor allem in ihren konkreten Sorgen, ihrer Haltung zu Demokratie und sozialer Gerechtigkeit sowie im Empfinden, ob die eigene Meinung gesellschaftlich gehört wird. Dennoch gibt es eine deutliche Gemeinsamkeit quer durch das Spektrum: das Gefühl, die Politik kümmere sich nicht um die Belange der Bevölkerung. In den demokratieskeptischen Gruppen sind weniger als vier Prozent der Ansicht, Politiker nähmen sich der Sorgen einfacher Bürgerinnen und Bürger an. Doch selbst in den Gruppen, die die Demokratie befürworten, teilt nur knapp ein Fünftel diesen Eindruck.

„Wir müssen anerkennen, dass viele Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, von der Politik übersehen zu werden“, erklärt Diakonie-Präsident Rüdiger Schuch. „Wenn Menschen auf dem Land monatelang auf Arzttermine warten, Züge unzuverlässig fahren oder die Mieten und Energiekosten das Budget sprengen, muss die Bundesregierung das ernst nehmen. Wir brauchen eine Sozialpolitik, die konkrete Lösungen für den Alltag bietet und zeigt, dass die Nöte der Menschen wahrgenommen werden. Mit Blick auf die aktuellen Reformvorhaben gibt es da spürbar Luft nach oben.“

Die vier Grundhaltungen im Überblick

- Die **„Enttäuschten Ungehörten“** (24,1 Prozent): Stehen Demokratie, Migration und Islamismus kritisch gegenüber, sehen in Rechtsradikalismus keine primäre Bedrohung und stufen die Folgen des Klimawandels als gering ein. Die Gruppe ist tendenziell männlich, in Ostdeutschland überrepräsentiert und weist eine enge parteipolitische Bindung zur AfD auf.
- Die **„Rundum Verunsicherten“** (23,9 Prozent): Betrachten die Demokratie ebenfalls skeptisch, sind jedoch parteipolitisch ungebunden und verorten sich politisch eher in der Mitte. Sie äußern große Sorgen über gesellschaftliche Fehlentwicklungen, sind eher weiblich und sympathisieren nur zu 11 Prozent mit der AfD.
- Die **„Progressiven Gerechtigkeitskritiker“** (24,2 Prozent): Vertrauen den demokratischen Institutionen, üben jedoch deutliche Kritik an sozialer Ungleichheit. Ihre

Hauptsorgen gelten dem Rechtsextremismus und der Klimakrise. Ihre parteipolitische Bindung liegt eher bei den Grünen und der SPD.

- Die „**Vertrauensvoll Wachsam**“ (27,9 Prozent): Äußern eine hohe Zufriedenheit mit der Demokratie sowie mit dem eigenen Leben. Soziale Ungleichheiten bewerten sie überwiegend als leistungsgerecht und sprechen sich mehrheitlich gegen staatliche Umverteilung aus. Sie wählen tendenziell eher die CDU/CSU.

Meinungsfreiheit und Dialogräume als Schlüssel

Die tiefste Kluft zeigt sich bei der Frage nach der Redefreiheit: Während 79,5 Prozent der „Enttäuschten Ungehörten“ angeben, man könne in Deutschland seine Meinung nicht mehr ohne Sanktionen oder sozialen Druck äußern, stimmen dem bei den „Progressiven Gerechtigkeitskritikern“ lediglich 15,1 Prozent zu.

„Wer schon vor einem Gespräch befürchtet, die eigene Position nicht offen aussprechen zu können, wird Dialogangebote kaum als aufrichtig wahrnehmen“, betont Studienleiter Daniel Hörsch. Eine breite Mehrheit der Befragten knüpfe gelingende Gespräche an Vertrauen, faire Regeln und eine neutrale Moderation.

Genau hier setzten Initiativen wie die Verständigungsorte von Diakonie und Kirche an. „Ein konstruktives Gespräch beginnt nicht mit einem Konsens, sondern mit dem Vertrauen darauf, dass man ausreden darf und ernst genommen wird“, so Hörsch. „Räume für diesen Austausch offenzuhalten, ist in diesen Zeiten wichtiger denn je.“

Über die Studie

Die Untersuchung „Was uns trennt. Was uns ins Gespräch bringt“ stützt sich auf eine Forsa-Befragung unter 2.014 Personen ab 18 Jahren aus dem Jahr 2024. Auf Basis von 29 Einstellungsskizzen wurden drei Dimensionen gebildet, aus denen die vier Grundhaltungen hervorgehen. Diese beschreiben Werthaltungen und Dynamiken, keine starren Milieugrenzen.

Weitere Informationen

Digitale Pressemappe zur Studie „Was uns trennt. Was uns ins Gespräch bringt.“

<https://www.diakonie.de/presse/digitale-pressemappen>

Pressekontakt:

Kathrin Klinkusch, Pressesprecherin Diakonie Deutschland, Tel. +49 30 65211-1878, E-Mail: kathrin.klinkusch@diakonie.de, www.diakonie.de